

Hans Berkessel

**„Bereit sein, für seine Ideale einzustehen!“**

[Alfred Freitag, Sozialdemokrat und Gewerkschafter, 1933 Häftling in Osthofen]

**Fachtagung „Verfolgung und Widerstand von Gewerkschaften im Nationalsozialismus“ am 4. Mai 2013 in der Gedenkstätte KZ Osthofen**

*Zur Erinnerung an den 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften hat die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit den Landesverbänden des DGB und von Verdi und dem Förderverein Projekt Osthofen diese Fachtagung organisiert, in der auf der Grundlage einer Vielzahl von Quellen die Forschungsergebnisse zu wichtigen Aspekten des gewerkschaftlichen Widerstands von 1933 bis 1945 vorgestellt wurden. Trotz des Wochenendtermins waren mehr als 80 Teilnehmer/innen nach Osthofen gekommen, um sich mit diesem Thema auseinander zu setzen. In ihren Grußworten weisen **Dr. Dieter Schiffmann**, der scheidende Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, **Dietmar Muscheid**, der DGB-Landesvorsitzende auf die lange Vernachlässigung der Geschichte des Widerstandes aus den Gewerkschaften und zugleich die Aktualität des Themas angesichts rechtsextremistischer Aktivitäten und der Gewalttaten der NSU hin, deren juristische Aufarbeitung aktuell bevorsteht.*

In seinem einführenden Vortrag vermittelt **Prof. Dr. Siegfried Mielke**, Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, einer der besten Kenner der Gewerkschaftsgeschichte und Mitherausgeber einer 15bändigen Geschichte der Gewerkschaften einen Überblick über den Forschungsstand im Themenfeld „Gewerkschafter im Nationalsozialismus – Verfolgung, Widerstand, Emigration“. Dabei geht er zunächst der auch heute noch strittigen Frage nach, was denn unter „Widerstand“ im engeren oder weiteren Sinne zu verstehen sei. Dabei geht Mielke unter Bezug auf Geer von Roon von einem eher weiteren Widerstandsbegriff aus, der auch Resistenz und oppositionelles Verhalten einschließt und sich nicht allein auf aktiven politischen Widerstand beschränkt.

Mielke stützt sich bei seinem Ansatz auf die im Bereich der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wichtigen Autoren Michael Schneider und Willy Buschak, die Widerstand bezogen auf die Gewerkschaften so definieren: Das Bestreben ehemaliger Gewerkschafter, den Zusammenhalt zu erhalten und Informationen zu beschaffen und zu verbreiten, mit dem Ziel das NS-Regime zu unterminieren und Vorbereitungen für die Zeit nach dem Ende des Nationalsozialismus zu treffen. Mielke betont in seinem Beitrag, dass eine Beschäftigung mit den deutschen Gewerkschaften in der NS-Zeit sich nicht nur mit der abwartenden und legalistischen Haltung der damaligen Führung des ADGB beschäftigen dürfe, sondern auch die aktive und riskante Widerstandstätigkeit vieler Gewerkschafter in den Blick nehmen müsse. Dass das bis heute – auch im Blick auf den tatsächlichen Umfang der

gewerkschaftlichen Widerstandsaktivitäten – noch nicht in ausreichendem Maße geschieht, darin sieht Mielke auch ein Versäumnis der gewerkschaftseigenen Forschungen und kritisiert hier auch ganz offen die diesbezüglich eher zurückhaltende Position der Hans-Böckler-Stiftung.

Gründe für diese Fehleinschätzungen sieht Mielke vor allem in der schlechten Quellenlage, aber auch der Fehlinterpretation von NS-Prozessakten, in denen sich aktive Gewerkschafter „klein redeten“, um sich so den harten Gerichtsurteilen der NS-Gerichte zu entziehen und sich und ihre Kollegen zu schützen. Mielke nennt hier Beispiele von Gewerkschaftsfunktionären, denen es gelungen war ihre wahre Rolle zu verschleiern. Trotz der anfänglichen Fehleinschätzung führender Gewerkschaftsfunktionäre, die davon ausgingen, sich mit dem NS-Regime arrangieren und so überleben zu können, haben sich dann sehr viele Funktionäre schon im Sommer 1933 Widerstandskreisen angeschlossen. Um die oft viel breiter als weithin angenommen geknüpften Widerstandsnetze und deren Aktivitäten von Gewerkschaftern zu verdeutlichen, weist Mielke am Beispiel der Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie, der Transportgewerkschaften und der Seeleute und Hafentarbeiter auf deren hervorragende internationale Verbindungen hin, die es ermöglichten, Informationsmaterialien und Personen aus dem Ausland nach Deutschland und umgekehrt zu schleusen.

Bei den widerständigen Gewerkschaftern sei nach der Quellenlage eine wirtschaftsdemokratische Grundorientierung im Blick auf deren Neuordnungsvorstellungen nach 1945 erkennbar. Dabei stehen Forderungen nach mehr Gleichberechtigung und Mitbestimmung auf der Betriebsebene im Vordergrund. Auch in einem neuen mitbestimmungsorientierten Gesellschaftsmodell hielten die Gewerkschafter am Streikrecht fest. In diesem Kontext weist Mielke darauf hin, dass der FDGB der Ostzone und späteren DDR, sich diesbezüglich der SED später sehr opportunistisch verhalten haben.

Am Beispiel seiner Untersuchungen zum Verhalten der Metallarbeitergewerkschafter stellt Mielke fest, dass fünf von acht Vorstandsmitgliedern und mehr als die Hälfte der hauptamtlichen Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes aktiv im Widerstand waren. Auch bei den ehrenamtlichen Funktionären seien in den meisten Bezirken mehr als 30 % zu den Widerstandskämpfern zu zählen. Dabei seien die zahllosen Mitglieder noch gar nicht mit einbezogen. Mielke: „Man hat bisher den Anteil der haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre im aktiven Widerstand total unterschätzt.“

Andererseits haben sich die deutschen freien Gewerkschaften mit ihrem Aufruf zum von den Nationalsozialisten umgedeuteten Feiern am 1. Mai diskreditiert und sich auch zum Teil von Sozialdemokraten im Widerstand distanziert. Welche Handlungsmöglichkeiten besaßen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre und Mitglieder nach 1933? Wäre ein Generalstreik möglich und eventuell erfolgreich gewesen? Mielke sagt nein. Als Begründung nennt er die hohe Arbeitslosigkeit, von der rund 50% der Gewerkschaftsmitglieder betroffen waren, die von den

Arbeitgebern als erste entlassen wurden. Es war nach der Zerschlagung am 2. Mai schon zu spät, es fehlte an Waffen und Organisation und Unterstützung aus anderen gesellschaftlichen Bereichen und Gruppen, etwa der Beamten, der Hochschulen usw.

Mielke endet mit einem Zitat von Gesine Schwan seiner langjährigen Kollegin im Otto-Suhr-Institut: „Gewerkschafter gehörten zu den nicht so zahlreichen Akteuren, die im Widerstand ihre Identität bewahrt haben. Es gefällt mir nicht, wenn diese Leistung, die viele Opfer gekostet hat, heute nicht angemessen gewürdigt wird.“

**Dr. Axel Ulrich**, Stadtarchivar in Wiesbaden und einer seit langen Jahren mit dem Thema Widerstand, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, befasster Historiker stellt regionale Aspekte ins Zentrum seines Vortrags. Schon vor 35 Jahren habe er mit Interviews mit überlebenden Zeitzeugen und Widerstandskämpfern begonnen. Er weist noch einmal auf die Wichtigkeit der Sicherung von deren Aussagen als Quellen auch für die heutige Forschung hin. Dabei geht der Widerstandsforscher insbesondere auf den Arbeiterwiderstand im südlichen Hessen sowie in Rheinhessen ein und betrachtet dabei die von Wilhelm Leuschner aufgebaute Vertrauensleutestruktur. Ulrich weist auf die späte, aber gerade in Rheinland-Pfalz unter der Federführung der Landeszentrale für politische Bildung heute ausgesprochen vorbildliche Forschungs- und Publikationstätigkeit hin. Allein in den letzten Jahren seien über 80 Namen von Gewerkschaftern aus den Akten heraus gefiltert worden, für die ein eindeutiger politischer Verfolgungshintergrund erwiesen sei. Dadurch sei auch am regionalen Beispiel deutlich geworden, dass zwar nur eine Minderheit, aber eine viel größere Zahl als bisher angenommen, aktiv im Widerstand war.

Gewerkschaftliche Widerstandgruppen in der süd- und rheinhessischen Region habe es von Anfang an gegeben; wobei natürlich zu Beginn zunächst der Schock der „Machtergreifung“ verarbeitet werden musste. Am Beispiel des Jugendverbandes der Angestellten in Frankfurt und Darmstadt weist Ulrich auf, dass hier von Beginn an und erstaunlicherweise über politische Fraktionierungen in der Linken hinweg, ein beträchtlicher Teil aktiv in die Widerstandstrukturen eingebunden war. Der deutsche Metallarbeiterverband war in alle wesentlichen Widerstandsgruppierungen integriert und konnte auf internationale Verbindungen zurückgreifen, die stärkste Gruppe in Frankfurt umfasste mehr als 50 Personen. Diese Zahl lässt sich auf andere Städte in der Region extrapolieren. Kleinere Gewerkschaftsgruppen wie der Verband der Getränke und Futtermittelarbeiter waren im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen aktiv.

Ulrich weist auf die Notwendigkeit der Arbeit in ausländischen Archiven hin, um Quellen zum Arbeiterwiderstand, insbesondere Flugschriften und Zeitschriften, die im Exil entstanden waren und von dort aus verteilt wurden, zu erschließen, z. B. in den Niederlanden, Frankreich usw. Eine wichtige Rolle habe die Eisenbahnergewerkschaft gespielt, die reichsweit von über 100 Stützpunkten aus

über 1000 Personen in ihrem antinazistischen Netzwerk organisierte. Der Rhein als Transportader sei für die Verbreitung von antinazistischen Materialien von kaum unterschätzbarer Bedeutung.

Bisher weitgehend unterschätzt werde auch das konspirative Vertrauensleutenetz, dass der hessische Gewerkschafter Wilhelm Leuschner, Mitglied des ADGB-Vorstands seit 1932/33. Zur gleichen Zeit, als der ADGB-Vorstand seine Fehleinschätzung der Situation proklamierte, habe Leuschner bereits ausgehend von unserer Region am Aufbau konspirativer Strukturen gearbeitet. Damit wurde ein reichsweites Vertrauensleutenetz geschaffen, das man auch als illegale Gewerkschaftsleitung bezeichnen könne. In Rheinhessen habe es nicht nur in Mainz, Worms, Bingen, Ingelheim, Oppenheim, sondern in nahezu jeder Gemeinde einen Stützpunkt dieses Netzes gegeben. Im Kern habe schon *Emil Henk* direkt nach dem Krieg aus der Erinnerung heraus und daher nicht immer korrekt auf diese zivile Unterstützungsstruktur hingewiesen, die im Zusammenhang mit dem Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 zur Beseitigung der NS-Diktatur hätte wirksam werden sollen. Exemplarisch verweist Ulrich in diesem Zusammenhang auf *Heinrich Maschmeyer*, Polizeichef in Worms, der den Netzwerkknoten in Wiesbaden besetzte, in Mainz übernahm diese Funktion *Alfred Freitag*.

Am Ende seines engagierten Vortrags weist Axel Ulrich auf die jüngsten Forschungsarbeiten als Beispiel und Perspektive einer Beschäftigung der nachwachsenden Generationen hin, wie sie sich etwa in der Staatsexamensarbeit von Sina Schiffel über *Jakob Steffan* oder in der Schülerwettbewerbsarbeit von Christina Stein über *Ludwig Schwamb*, zweier maßgeblicher Akteure im Leuschner'schen Vertrauensleutenetz finden lassen. [Beide Arbeiten werden in Zusammenfassungen als Aufsätze im Spätherbst in Heft 15/2013 der Mainzer Geschichtsblätter *Biografien im Nationalsozialismus* erscheinen.]

Mit dem Historiker **Dr. Hans-Rainer Sandvoß**, dem stellvertretenden Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, zu der auch die Gedenkstätte Plötzensee (der NS-Hinrichtungsstätte der Widerständler des 20. Juli 1944) und die Gedenkstätten „Blindenwerkstatt Weidt“ und der für die so genannten „stillen Helden“ zuständig ist, konnte die Organisatoren einen weiteren kompetenten Referenten gewinnen, der am Beispiel von Berlin („Die andere Reichshauptstadt“) den Arbeiterwiderstand erforscht hat. Sandvoß geht in seinem Vortrag der Frage nach, wie weit der Nationalsozialismus ideologisch nicht nur im kleinbürgerlichen Milieu sondern auch in der Arbeiterschaft verbreitet war. Er kritisiert hier die Arbeiten von Goldhagen (Hitlers willige Vollstrecker) und Götz Aly (Hitlers Volkstaat), die aus unterschiedlichen Gründen - Antisemitismus bei Goldhagen, Raub und Sozialpolitik als „nationaler Sozialismus“ bei Aly – die Widerstandsaktivitäten gerade aus dem Umfeld der Arbeiterschaft (1 % der Bevölkerung aufgrund der Prozessakten) praktisch nicht beachtet. Am Beispiel der alten Arbeiterbezirke Berlins, die noch 1934 bei der Abstimmung über die Zusammenlegung von Reichskanzler- und Präsidentenamts in der Hand von Hitler, mit über 40.000 Stimmen mit „nein“ stimmten.

Insgesamt stimmten in Berlin von ca. 4 Mio. immerhin rund eine halbe Million dagegen. Auch in NS-Berichten spielen die früheren Arbeiterbezirke als „Unruheherde“ immer wieder eine Rolle. So mussten die Nazis noch 1937 erhebliche Nein-Stimmen und ungültige Stimmen bei den Vertrauensleute-Wahlen in größeren und mittleren Betrieben von über 10% der abgegebenen Stimmen hinnehmen. Sandvoß sieht die Vernachlässigung und Verdrängung des durchaus vorhandenen Arbeiterwiderstandes als Beleg dafür, dass hier einige Forscher und Publizisten von dem vollständigen Versagen des deutschen Bürgertums ablenken wollen, indem sie undifferenziert alle Schichten der Bevölkerung gleichermaßen ein Versagen vorwerfen. Vehement widerspricht Sandvoß der auch in aktuellen Publikationen immer wieder vorgetragenen These, dass der Arbeiterwiderstand 1935/36 restlos zerschlagen worden sei. Er führt zahlreiche Beispiele an, die verdeutlichen, dass von einer totalen „Faschisierung“ der Bevölkerung nicht gesprochen werden kann. Dabei führt er das inzwischen wohl allgemein bekannte Beispiel an, dass die etwa 1.400 illegal in Berlin überlebenden Juden von mehr als 20.000 nichtjüdischen Deutschen, „stillen Helden“, mit Wohnung und Nahrung unterstützt und am Leben gehalten wurden. Insbesondere dort, wo noch Reste des in Alltagsorganisationen aufbewahrten alten Arbeitermilieus vorhanden waren, gab es Resistenz und antinazistische Kultur. Schon die Selbstbehauptung gegen den dauernden Propagandarummel der Nazis durch Verweigerung des Hitlergrußes, des Flaggengebots, des Abonnements von NS-Zeitungen, der Nichtteilnahme an Sammlungen der Volkswohlfahrtsorganisationen sei von moralischem Wert für die Integrität der Personen und wichtig für die Zeit nach Ende des NS-Regimes gewesen. Mit einem Zitat von Herbert Wehner, der im Blick auf die vielen tausend Opfer vom „Gold der Arbeiterbewegung“ gesprochen, ruft der Historiker zum Erinnern an diese Traditionen der antifaschistischen Arbeiterbewegung auf, die gerade auch der heutigen jungen Generation im Sinne einer demokratischen Alternative des „anderen Deutschlands“ als Beispiel und Orientierung dienen könne.

**Dr. Jürgen Pauly**, der Leiter des Amtes für Wiedergutmachung in Saarburg, informiert in seinem Vortrag, der den Reigen des Nachmittags eröffnete, nicht nur über die Verwaltungsakten beim Amt für Wiedergutmachung und deren Relevanz für die zeithistorische Forschung, sondern auch über die Anfänge und den Prozess der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts im Saarland und in Rheinland-Pfalz sowie über die Strukturen der Entschädigungsbehörden. Allein vom Saarburger Amt werden aktuell ca. 11.200 von bundesweit noch knapp 34.000 Rentenempfängern betreut. Zu den zeithistorisch bedeutsamen Aufgaben des Amtes gehört die Verwaltung der Entschädigungsakten, die seit Mitte April 2013 komplett elektronisch erfasst werden sollen und damit auch für die Forschung leichter zugänglich gemacht werden können, weil jetzt eine Kombination der erfassten Datensätze (Haftgrund, Inhaftierungsorte, Personendaten, Verfolgtengruppen usw.). Es handelt sich dabei um eine bundesweit einmaliges Projekt, das auch als Beitrag des Landes bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und als Vorarbeit zur späteren Übernahme der Akten durch das Landeshauptarchiv verstanden wird.

Zu den Aktenbeständen gehören die Opfer des Faschismus-Akten (OdF), insgesamt ca. 7.000 Akten, die im LHA Koblenz und im LA Speyer lagern. Die LEG-Akten, sind Aktenbestände nach den landesrechtlichen Entschädigungsregelungen. Diese beziehen sich vorwiegend auf Verfolgte aus politischen, religiösen, weltanschaulichen und sonstigen Gründen, nur ganz wenige aus rassistischen Gründen Verfolgte. Eine Einsicht in diese Akten kann unabhängig von Lagerungsort nur über das AfW in Saarburg beantragt und gewährt werden. Für Recherchen sind genaue Angaben von Namen, Vornamen (bei Antragsstellung) und Geburtsdatum der Opfer notwendig. Die LEG-Akten enthalten u. a. einen Nachweis des Verfolgenschicksals und der geltend gemachten Schäden, also Schaden u. a. an der Gesundheit, an der Freiheit, im beruflichen und persönlichen Fortkommen.

Am Ende der Vortragsreihe übernahmen es **Angelika Arenz-Morch**, die Leiterin des NS-Dokumentationsarchivs in der Gedenkstätte Osthofen, und **Martina Ruppert-Kelly** vom pädagogischen Arbeitsbereich der Gedenkstätte die bisherigen umfangreichen Informationen auf die Situation der im KZ Osthofen inhaftierten Gewerkschafter zu fokussieren. In ihrer Einführung erläuterte Arenz-Morch die Vorkommnisse des 1. und 2. Mai 1933 im KZ Osthofen und in Worms dar. Dabei geht sie aus Anlass einer etwa 100 Häftlinge umfassenden Entlassungsaktion durch den als Kommissar für das Polizeiwesen für das KZ Osthofen zuständige Mainzer Jurist Dr. Werner Best auf die betroffenen Häftlingsgruppen, Haftarten und den Strafenkatalog ein. Entlassen wurde nur deutsche, nichtjüdische „Handarbeiter“, keine Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre, keine mehrfach straffällig Gewordenen. Dabei versuchten die Nationalsozialisten durch entsprechende Propaganda und Gerüchte einen Keil zwischen die kommunistischen und sozialdemokratischen Häftlinge zu treiben; in Folge dieser Vorgehensweise kam es u. a. zu schweren Misshandlungen des prominenten SPD-Häftlings Dr. Carlo Mierendorff. Schon am 2. Mai wurden die durch die Entlassung geschaffenen „Lücken“ in der Belegung durch die Neueinlieferung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Funktionäre wieder geschlossen. Gleichzeitig wurden – wie in Worms – auch überall in Rheinhessen die Gewerkschaftshäuser durch SA-Männer gestürmt, geplündert und zerstört, Druckapparate und Publikationen beschlagnahmt und der Gewerkschaftsbesitz enteignet. Insgesamt waren von ca. 90 Gewerkschaftsmitgliedern, die in Osthofen inhaftiert waren 26 Funktionäre; die Aufgliederung in die Einzelgewerkschaften zeigt ein buntes Bild, bei der neben den freien Gewerkschaften auch viele Splittergruppen vertreten waren. Die meisten der Häftlinge kamen nach der Schließung des KZ Osthofen in das KZ Dachau oder in Zuchthäuser, aber auch das KZ Buchenwald, die Emsland-Lager oder die so genannten Bewährungsbataillone der 999er waren Stationen des weiteren Leidensweges der inhaftierten Gewerkschafter.

Unter der Leitung von **Martina Ruppert-Kelly** fand im März 2013 eine pädagogische Bearbeitung des sehr umfangreichen Quellenmaterials in Form eines biografischen Workshops statt, d. h. jede/r Teilnehmer/in arbeitete einen ganzen Tag an einer konkreten Biografie. Die Ergebnisse dieser Arbeit können inzwischen auf einer neu

gestalteten Homepage zum Thema „Verfolgung und Widerstand von Gewerkschaftern“ unter [www.ns-dokuzentrum-rlp.de](http://www.ns-dokuzentrum-rlp.de) („Zerschlagung der Gewerkschaften“) besichtigt werden. Diese website enthält u. a.:

- Informationen zu den Geschehnissen am 1. Und 2. Mai 1933
- Zeitleiste mit den wichtigsten Daten zum Widerstand und zur Verfolgung von Gewerkschaftern in unserer Region und zur Lage der Arbeiter im Nationalsozialismus
- Ergebnisse des Biografien-Workshops zum 80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften
- Liste von in Osthofen inhaftierten Gewerkschaftern
- Zahlreiche Biografien von in Osthofen inhaftierten Gewerkschaftern
- Fotos und Dokumente

Den Abschluss dieser interessanten und ergiebigen Fachtagung bildete eine Podiumsdiskussion mit den Referentinnen und Referenten der Tagung sowie von Vertreterinnen der Gewerkschaft ver.di Rheinland-Pfalz, die versuchte die politischen Forderungen des gewerkschaftlichen antinazistischen Widerstandes auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und daraus zeitgemäße Schlussfolgerungen zu ziehen.

### **Literaturhinweise zum Thema**

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz – wissenschaftliche Darstellung und Materialien für den Unterricht", hrsg. von DIETER SCHIFFMANN, HANS BERKESSEL UND ANGELIKA ARENZ-MORCH für die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz 2011

AXEL ULRICH, Politischer Widerstand gegen das "Dritte Reich" im Rhein-Main-Gebiet. Thrun-Verlag, Wiesbaden 2005

AXEL ULRICH, Wilhelm Leuschner – Ein Deutscher Widerstandskämpfer, Thrun-Verlag, Wiesbaden 2013

Blätter zum Land extra: Die Gedenkstätte KZ Osthofen und Für Freiheit und Recht. Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen in unserer Region; Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (dort als Broschüre oder download kostenlos zu beziehen)